

# Eine Welt-Politik in Bayern.

## Position der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

*Kathi Petersen*



Nach Angaben der UN sind derzeit weltweit mehr als 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Krieg, Verfolgung, Hunger und Perspektivlosigkeit haben sie aus ihrer Heimat vertrieben. Die meisten von ihnen finden Zuflucht in benachbarten Ländern, deren Bevölkerung oft selbst unter Armut leidet. Nur ein geringer Teil der Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan, Eritrea, Nigeria und anderen Krisengebieten wagt den beschwerlichen Weg nach Europa. Tausende von ihnen finden auf dem Weg dorthin den Tod. Fast täglich berichten die Medien von gekenterten Booten auf dem Mittelmeer. Und auch in Deutschland droht ihnen Gefahr, wie wiederholte Brandanschläge auf Flüchtlingsheime zeigen.

Dass es nicht gelingt, Flüchtlingen einen sicheren Zugang nach Europa zu gewährleisten, dass die EU-Länder sich über Quoten streiten, statt solidarisch zu helfen, dass die Furcht vor angeblicher Überfremdung durch „Flüchtlingsströme“ genährt wird, statt Rassismus und Nationalismus zu bekämpfen, ist ein Armutszeugnis für die Politik, auch in Bayern.

Dabei sind wir ein reiches Land und keineswegs überfordert mit der Aufnahme von einer Million oder auch mehr Flüchtlingen. Es ist in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, als das Land infolge des von ihm ver-

schuldeten Krieges weitgehend zerstört und verarmt war, gelungen, mehr als 14 Millionen Flüchtlinge zu integrieren. Angesichts unseres heutigen Wohlstands kann es doch nicht ernsthaft ein Problem sein, Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, ein menschenwürdiges Leben und eine Perspektive zu bieten. Dafür engagieren sich zahlreiche Menschen ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe. Wohlfahrtsverbände, Kirchen und NGOs sind aktiv geworden, Handwerk und Industrie fordern ein Bleiberecht für Jugendliche, die sie gerne ausbilden wollen.

Es ist unsere Aufgabe in der Politik, dieses Engagement zu unterstützen und Rahmenbedingungen zu schaffen, dass Flüchtlinge und Asylbewerber sich bei uns sicher und willkommen fühlen können.

Darüber hinaus müssen wir ernsthaft daran gehen, die Fluchtursachen soweit als möglich zu beheben, denn sie, nicht die Flüchtlinge, sind das Problem. Dafür braucht es einen langen Atem, weil die Ursachen sehr unterschiedlich sind und viele Akteure mit oft gegensätzlichen Interessen zum Umdenken und entsprechenden Handeln bewegt werden müssen.

## 1. Nachholbedarf in der Entwicklungszusammenarbeit

Dass wir im Europäischen Jahr der Entwicklung 2015 noch immer meilenweit vom Erreichen der Millenniumsziele entfernt sind, zeigt umso mehr, dass entschiedeneres Handeln notwendig ist.

Allzu oft wird Entwicklungszusammenarbeit als eine nette Geste gegenüber ärmeren Ländern verstanden, die nach Kassenlage und im Blick auf die eigenen wirtschaftlichen Interessen erfolgt. Nur so lässt es sich erklären, dass Deutschland statt der vereinbarten 0,7% seines Bruttonational-einkommens lediglich 0,38% in die Entwicklungshilfe investiert (aber 1,2% in die Rüstung) und auch Bayern das Ziel bei weitem nicht erreicht.

Damit können und dürfen wir uns nicht zufrieden geben. Vor allem dann nicht, wenn wir erkennen, dass unser Wohlstand auf einer globalen Wirtschaftsordnung beruht, welche die ärmeren Länder systematisch benachteiligt. Papst Franziskus hat es so formuliert: „Diese Wirtschaft tötet.“

Entwicklungspolitik ist in erster Linie eine Aufgabe des Bundes. Aber auch die Länder müssen ihren Beitrag dazu leisten, dass wir dem Ziel einer gerechten Gestaltung der Globalisierung, der Bekämpfung von Armut und

Hunger näher kommen. Für die bayerische Entwicklungspolitik heißt das, Entwicklungszusammenarbeit als Querschnittsaufgabe aller Politikfelder zu begreifen und zu praktizieren.

Organisatorisch wurde ein Schritt in diese Richtung dadurch getan, dass die Koordination der Entwicklungszusammenarbeit nicht mehr im Wirtschaftsministerium, sondern bei der Bayerischen Staatskanzlei angesiedelt ist. Damit wurde einer wiederholten Forderung der SPD-Landtagsfraktion entsprochen. Denn mit der vorherigen Zuständigkeit wurde dem Missverständnis Vorschub geleistet, Entwicklungspolitik sei ein Anhängsel der an den eigenen Interessen ausgerichteten Wirtschaftspolitik.

## 2. Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements

Eine wichtige Aufgabe sieht der Freistaat in der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit. Durch schulische und außerschulische Bildungsangebote sowie die Zusammenarbeit mit Gruppen aus der Eine Welt-Arbeit, vor allem dem Eine Welt Netzwerk Bayern e.V., soll Entwicklungspolitik als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verankert werden. Dem dient auch die im Jahr 2014 vom Bayerischen Landtag nun doch beschlossene Beteiligung am bundesweiten PromotorInnenprogramm zur Förderung der Eine Welt-Arbeit, das Bund und Länder gemeinsam (60:40) finanzieren. In Bayern wurden zwei Promotorenstellen geschaffen, die durch Beratungs-, Vernetzungs- und Qualifizierungsmaßnahmen die Eine Welt-Arbeit in den Regionen unterstützen und professionalisieren sollen. Angesichts der großen Fläche des Freistaats und der erfreulich zahlreichen Initiativen und Gruppen im Eine Welt-Bereich sind zwei Stellen ausgesprochen wenig – in Baden-Württemberg arbeiten z.B. 20 PromotorInnen, bundesweit sind es derzeit 85. Es ist daher mehr als wünschenswert, dass 2016 nach dem Ende der ersten Phase das Programm in Bayern weiter ausgebaut wird und zusätzliche Stellen entstehen. Auch wenn die Staatsregierung zu Recht immer das Subsidiaritätsprinzip betont, vor allem auch was die Eine Welt-Arbeit angeht, liegt es in ihrer Verantwortung, gute Rahmenbedingungen für die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten zu schaffen.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die Verwirklichung von Demokratie als Ziel nicht auf die Entwicklungszusammenarbeit beschränkt werden kann. Es erscheint zunehmend dringlicher, die Förderung demokratischen Bewusstseins auch als Aufgabe der Inlandsarbeit zu begreifen. Schon die Tatsache, dass immer mehr Bürger sich nicht an Wahlen

beteiligen, zeigt den Handlungsbedarf für Politiker, die den Anspruch erheben, das Volk zu repräsentieren. Erst recht müssen uns das Auftreten von Pegida sowie die verbalen und zunehmend auch tätlichen Angriffe auf Flüchtlinge und Asylbewerber alarmieren. Hier ist nicht nur die wehrhafte Demokratie gegen rechtsextreme Gewalttäter gefordert, sondern ebenso die schulische wie vor allem auch die außerschulische Bildungspolitik. Mit ihrer derzeitigen finanziellen Ausstattung kann die Erwachsenenbildung im allgemeinen und die (entwicklungs-)politische Bildung im besonderen diesen Anspruch nicht erfüllen. Vielmehr braucht es eine erheblich höhere institutionelle Förderung aller anerkannten Träger der Erwachsenenbildung, die ihnen den notwendigen Ausbau niedrigschwelliger Angebote in den Bereichen Grundbildung, demokratische und kulturelle Bildung ermöglicht.

### 3. Entwicklungspolitische Leitsätze

Derzeit würde man kaum vermuten, dass die Bayerische Staatsregierung „die inländische entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit für einen besonders wichtigen Teil der Eine-Welt-Politik“ hält. So steht es aber in den von ihr am 30.4.2013 beschlossenen entwicklungspolitischen Leitsätzen, in denen sie den Rahmen und die Zielrichtung ihrer Aktivitäten festgelegt hat. Auch wenn alle Fraktionen eine Überarbeitung der früheren Grundsätze nach 20 Jahren für überfällig hielten, stieß das im Wirtschaftsministerium erstellte Ergebnis auf heftige Kritik. Formal wurde moniert, dass die vom zuständigen Europaausschuss parteiübergreifend formulierten Vorschläge ignoriert, und die Leitsätze vor ihrer Verabschiedung den Abgeordneten nicht vorgelegt wurden. Denn über die Grundsätze der Eine Welt-Politik müsse das Parlament entscheiden. Die inhaltliche Kritik der entwicklungspolitischen Sprecher aller Fraktionen richtete sich primär gegen die unzureichende Berücksichtigung des Prinzips der Nachhaltigkeit, sowie die Überbetonung der wirtschaftlichen Interessen Bayerns.

So wundert es nicht, dass es diesmal keine zwanzig, sondern wohl nur zwei Jahre dauert, bis die Leitsätze revidiert werden. Auf Initiative des Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. haben wir in Fortsetzung der bewährten Zusammenarbeit der entwicklungspolitischen Sprecher eine geänderte Fassung erarbeitet, welche die angemahnten Kritikpunkte berücksichtigt. Neu unter den Prinzipien aufgenommen werden sollen Transparenz – „Die Eine Welt-Politik Bayerns basiert auf transparenten Entscheidungen und Strukturen“ – und Kohärenz – „Eine Welt-Politik ist Querschnittsaufgabe. Die Eine Welt-Politik des Freistaates wird nicht durch andere Politikbereiche

des Freistaates Bayern konterkariert“. Mit der inzwischen erfolgten Verlagerung der Zuständigkeit vom Wirtschaftsministerium in die Staatskanzlei sind die organisatorischen Voraussetzungen für die Umsetzung dieser Prinzipien gegeben. Auch sollte künftig gewährleistet sein, dass die Bedürfnisse der Partnerländer, nicht die ökonomischen Interessen Bayerns bei der Entwicklungszusammenarbeit im Vordergrund stehen.

Positiv aufgegriffen haben wir auch das Anliegen des Eine Welt Netzwerk Bayern e.V., der Freistaat solle sich nicht auf die Würdigung des zivilgesellschaftlichen Engagements beschränken, sondern diese Arbeit auch fördern, wie es übrigens die früheren Grundsätze vorgaben.

Nachdem nicht nur alle Fraktionen ihre Zustimmung zu unserem gemeinsamen Entwurf signalisiert haben, sondern auch die Staatskanzlei einbezogen wurde, soll er im Herbst als interfraktioneller Antrag „Entwicklungspolitische Leitsätze des Bayerischen Landtags“ verabschiedet werden. Damit macht der Landtag die Eine Welt-Politik zu seinem Thema und gibt deren Leitlinien vor.

#### 4. „Fair ist, nicht billig einzukaufen, wofür andere teuer bezahlen“

Mit diesem Slogan wirbt das kirchliche Hilfswerk Misereor für fair gehandelte Produkte. Damit wird ein wichtiger Bereich der Eine Welt-Arbeit angesprochen, denn der faire Handel leistet einen direkten Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung. Basierend auf Transparenz und Respekt trägt er durch bessere Bedingungen und die Sicherung sozialer Rechte der Kleinbauern und ArbeiterInnen zu mehr Gerechtigkeit in den Handelsbeziehungen bei. Die Aufklärungsarbeit zahlreicher Eine Welt-Gruppen trägt Früchte: Im Jahr 2014 stieg der Umsatz für fair gehandelte Produkte auf 1.027 Mio. Euro, was einem Jahreswachstum von 31 Prozent entspricht. Doch obwohl Kaffee nach wie vor der Spitzenreiter im fairen Handel ist, beträgt dessen Anteil nur drei Prozent am gesamten Kaffeeconsum. Hier ist also noch mehr Überzeugungsarbeit nötig, um die VerbraucherInnen zum Einkaufen fairer Produkte zu animieren. Zum Beispiel könnten auch bei Sportvereinen viel mehr fair gehandelte Fuß- oder Handbälle verwendet werden, für welche z.B. die Eine Welt-PromotorInnen in Bayern werben.

So sehr dies nicht nur eine politische, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, so wenig kann sich die Politik in diesem Bereich auf eine Zuschauerrolle zurückziehen. Leider ist es in den bayerischen Ministerien im-

mer noch die Ausnahme, dass in Kantinen oder bei Veranstaltungen fair gehandelte Produkte angeboten werden, wie eine Umfrage des Eine Welt-Netzwerk Bayern e.V. ergab. Es mangelt ganz offensichtlich an Problembewusstsein, wenn beispielsweise in Pachtverträgen für Kantinen keine Einhaltung sozialer Kriterien beim Einkauf gefordert wird. Man kann aber nicht die Verbraucher zu bewusstem Konsum auffordern und selbst das Gegenteil praktizieren. Staatliche Stellen haben gerade in dieser Hinsicht eine Vorbildfunktion, der sie gerecht werden müssen.

Die SPD-Landtagsfraktion setzt sich für den nachhaltigen Einkauf aller staatlichen Institutionen in Bayern ein und fordert dabei die Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien. Hierzu möchten wir im Bayerischen Landtag eine entsprechende Initiative starten und hoffen auf interfraktionelle Unterstützung.

Das allein genügt jedoch nicht. Unternehmen, die in Entwicklungsländern produzieren lassen, sind in der Regel mehr an möglichst billigen Arbeitskräften interessiert, als an menschenwürdigen Arbeitsbedingungen. Erst nach dem Einsturz von Textilfabriken in Bangladesch mit mehr als 1000 Toten, zumeist Frauen, traten zahlreiche deutsche und internationale Handelskonzerne einem Abkommen zur Einhaltung internationaler Standards beim Brand- und Gebäudeschutz bei. Bedauerlicherweise ist diese Verpflichtung aber auf fünf Jahre befristet. Auch die dortige Regierung reagierte auf den öffentlichen Druck und ließ erstmals unabhängige Gewerkschaften zu. Diese positiven Ansätze müssen unbedingt weiter ausgebaut werden, sowohl hinsichtlich der Produktionsstandorte, als auch der Produkte. Die SPD-Landtagsfraktion hat einen Gesetzentwurf eingebracht, Grabsteine aus ausbeuterischer Kinderarbeit in Bayern zu verbieten. Wir sind damit aber leider an der Regierungsmehrheit gescheitert.

Landes- und Bundespolitik müssen aber zu gesetzlichen Regelungen kommen, weil Appelle an die Verantwortlichen in der Regel wenig fruchten. Daher fordern das Eine Welt Netzwerk Bayern und andere NGOs, sowie das Forum Fairer Handel ein Bundesgesetz, „das deutsche Unternehmen dazu verpflichtet, die Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit auf Menschenrechte und Umwelt entlang der gesamten Lieferkette zu identifizieren, negativen Auswirkungen entgegenzuwirken sowie eingetretene Schäden zu beheben (Sorgfaltspflicht), klarstellt, dass Unternehmen für eingetretene Schäden haftbar gemacht werden können, wenn sie die Einhaltung dieser Sorgfaltspflicht nicht nachweisen können, Betroffenen aus dem Ausland ermöglicht, deutsche Unternehmen wegen der Verletzung der gebührenden

menschenrechtlichen Sorgfalt vor deutschen Gerichten verklagen zu können.“ Globales Wirtschaften bedarf kontrollierter globaler Standards. Bayern und die anderen Bundesländer haben über ihre eigenen Kompetenzen hinaus die Möglichkeit, im Bundesrat auf die bundespolitische Gesetzgebung Einfluss zu nehmen. Für bayerische Unternehmen gilt die Bayerische Verfassung: „Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten“ (Art. 151). An diese Verpflichtung sollte die Staatsregierung sie erinnern.

## 5. Partnerschaft auf Augenhöhe

In eigener Verantwortung können die Bundesländer Partnerschaften mit Städten, Regionen und Entwicklungs- und Schwellenländern begründen. Sie entscheiden auch über deren Ausgestaltung. Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit pflegt Bayern Partnerschaften mit Regionen in Südafrika, Indien, Brasilien, China und zu Tunesien. Auch hier sollte, stärker als bisher, das Subsidiaritätsprinzip gelten, d.h. die Staatsregierung begleitet und fördert vor allem in Kooperation mit dem Eine Welt Netzwerk Bayern die Tätigkeit bayerischer NGOs in den betreffenden Gebieten. Die kontinuierliche Zusammenarbeit in den Partnerschaften ist besonders geeignet, eine nachhaltige Entwicklung zu unterstützen. Seine Schwerpunkte setzt Bayern dabei in den Bereichen Bildung und Ausbildung, Technologie- und Mittelstandsförderung sowie leistungsfähige Verwaltung.

Wesentliche Voraussetzung für das Gelingen solcher Partnerschaften ist der Umgang miteinander auf Augenhöhe und die Bereitschaft, beiderseits voneinander zu lernen. Unter dieser Prämisse sollten wir die bestehenden Partnerschaften stärker ausbauen, eventuell auch weitere anstreben, mit dem Ziel, Hunger und Not als Fluchtursachen zu bekämpfen. Dazu gehört die Förderung der einheimischen Landwirtschaft, statt des Imports von Nahrungsmitteln. Wichtig ist auch die Unterstützung beim Aufbau einer funktionierenden Infrastruktur (vor allem sauberes Wasser, medizinische Versorgung, öffentliche Schulen, Verkehrswesen, Gerichtsbarkeit), damit die Menschen in ihrer Heimat eine Zukunftsperspektive haben.

Auf Bundes- und EU-Ebene müssen wir uns dafür einsetzen, dass keine Wirtschaftsabkommen zu Lasten der ärmeren Länder abgeschlossen werden – das gilt gerade auch für TTIP.

Wir haben nur eine Welt und wir sind mit dafür verantwortlich, dass alle Menschen menschenwürdig darin leben können.